Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1538 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 99. Mittwoch, 29. April 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 5 mm breite, 1 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe" – Im Falle höherer Gewalt – Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die außenpolitischen Rückwirkungen der Wahl Hindenburgs.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 29. April. Wie nicht anders zu erwarten war, sind insonderheit von französischer Seite infolge der Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten alarmierende Töne angeschlagen worden. In den Kreisen der Reichsregierung ist man jedoch der Meinung, daß keine Veranlassung zu irgendwelcher Beunruhigung gegeben ist, zumal neuerdings auch der neue französische Ministerpräsident Briand in Erklärungen zu der Presse dargelegt hat, daß die deutsche Politik hinsichtlich des Dawes-Planes unverändert fortgeführt werde. Wenn jetzt die französische Regierung die Frage der Militärkontrolle und der Rheinlandbesetzung wieder in den Vordergrund drängt, so ist das offenbar darauf zurückzuführen, daß Frankreich für die bevorstehenden Verhandlungen eine Reihe von Druckmitteln gegenüber Deutschland in der Hand behalten will.

Im Berliner Auswärtigen Amt erwartet man mit Spannung die Beschlüsse der alliierten Regierungen über die Militärkontrollfrage. Man hatte angekündigt, daß diese Beschlüsse alsbald nach der deutschen Präsidentenwahl gefaßt werden sollen, sodaß jetzt zweifellos von französischer Seite versucht werden wird, die Forderungen gegenüber Deutschland zu verschärfen. Dies würde voraussichtlich zu einer sehr ernsten außenpolitischen Situation führen; denn die Reichsregierung ist entschlossen, keinerlei Ansprüche anzuerkennen, die dem wiederholt dargelegten deutschen Standpunkte widersprechen. Nach deutscher Auffassung haben die Militärkontrollkommissionen in Deutschland ihre Tätigkeit beendet und müssen nunmehr durch Organe des Völkerbundes abgelöst werden. Ferner besteht die Reichsregierung nach wie vor auf der sofortigen Räumung der nördlichen Rheinlandzone, die wegen des Militärkontrollberichtes hinausgezögert worden ist.

Es ist zwar nicht unmöglich, daß vorübergehend eine verschärfte Spannung zwischen Deutschland und den Alliierten eintreten wird, die man zum Teil auf die Wahl Hindenburgs zurückführen kann, aber man hat im Berliner Auswärtigen Amt den Eindruck, daß diese Spannungen in kurzer Frist beseitigt werden können. Wenn beispielsweise jetzt von englischer und französischer Seite behauptet wird, daß mit der Wahl Hindenburgs das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes unmöglich gemacht worden sei, so ist das eine durchaus irrige Auffassung. Der neue Reichspräsident wird auf die Gestaltung der Außenpolitik durchaus keinen persönlichen Einfluß ausüben und die Reichsregierung eher noch durch seinen persönlichen Einfluß darin unterstützen, ihre praktische Politik gegenüber der Volksmeinung zu stärken und zu fördern. Die französische Regierung sucht den Anschein zu erwecken, als sei ihr jetzt nicht mehr an einem Sicherheitspakt gelegen. Diese Drohung nimmt man aber in den deutschen Regierungskreisen nicht ernst: denn da die englische Regierung nach wie vor entschlossen ist, den Sicherheitspakt zustandezubringen, so werden die Franzosen ihrerseits kaum eine ablehnende Haltung einnehmen können.

Nachdem sich die Reichsregierung dazu entschlossen hat, konsequent an ihren bisherigen Vorschlägen festzuhalten, liegt auch nicht der geringste Grund vor, Deutschland für ein Scheitern der Sicherheitsverhandlungen verantwortlich machen zu wollen. Nach Lage der Dinge kann man allerdings annehmen, daß noch einige Monate vergehen werden, bis sich die außenpolitischen Verhältnisse völlig geklärt haben.

Der neue Reichspräsident.

Die Mehrheit für Hindenburg ist so groß geworden, daß man schon auf Grund des vorläufigen Wahlergebnisses alle Vorbereitungen für die Uebernahme der Reichspräsidentschaft durch den Feldmarschall treffen kann. Der Reichskanzler Dr. Luther hat in würdiger Form telegraphisch seinen Glückwunsch ausgesprochen und ist dann selbst nach Hannover gefahren, um mit Hindenburg alle Formalitäten zu besprechen. Der offizielle Amtsantritt kann natürlich erst erfolgen, nachdem das endgültige Wahlergebnis amtlich festgestellt ist und der Reichswahlausschuß es bestätigt hat. Da diesem die Annahmeerklärung des Gewählten vorliegen muß, hat der Reichswahlleiter eine entsprechende Anfrage an Hindenburg gerichtet. Man will sich mit alledem möglichst beeilen, sodaß die feierliche Einführung des neuen Reichspräsidenten schon in der nächsten Woche stattfinden kann. Der Tag steht noch nicht fest. Da der Feldmarschall voraussichtlich die letzten Tage vor seinem Amtsantritt in Potsdam bei seinem Neffen, dem General von Lewinski, verleben wird, war das Gerücht entstanden, er wolle seinen Amtssitz nicht in Berlin, sondern in Potsdam nehmen. Das ist aber schon aus dienstlichen Gründen unmöglich. Auch über die Person des Staatssekretärs beim Reichspräsidenten waren bereits allerlei Kombinationen aufgetaucht. Dieser Posten, der etatsmäßig der eines Ministerialdirektors ist (mit dem Titel Staatssekretär), wurde unter Ebert von Dr. Meißner bekleidet, einem tüchtigen Beamten. Man nahm nun an, daß Hindenburg an seine Stelle einen Politiker setzen werde, doch steht das noch nicht fest. Der Reichspräsident kann sich politische Ratschläge, soweit er sie braucht, ja auch von anderen Personen einholen als von seinem Büroleiter. Jedenfalls haben keine Vereinbarungen der Parteien über die Besetzung dieses Postens stattgefunden, die allein dem persönlichen Entschluß des Reichspräsidenten unterliegt. Die „Germania" fordert bereits feierlich den Marschall auf, sich nur mit guten Republikanern zu umgeben. Auch solche Ermahnungen erscheinen uns als überflüssig. Wir haben zu Hindenburg das Vertrauen, daß er, wie bisher, über den Parteien stehen und seine Entschlüsse nach reiflicher Ueberlegung nur im Rahmen des Möglichen fassen wird.

Kein Rücktritt des Reichskabinetts.

Berlin. Das Reichskabinett trat gestern Abend zu einer Sitzung zusammen, um die politische Lage zu erörtern. An der Sitzung nahmen sämtliche in Berlin anwesende Reichsminister teil, bis auf Minister Dr. Stresemann, der durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, dem Kabinettsbeschluß jedoch nachträglich beitrat.

Es wurde Uebereinstimmung darüber festgestellt, daß **das Kabinett aus Anlaß der Neuwahl des Reichspräsidenten nicht zurücktreten** werde, da ein verfassungsrechtlicher Grund hierfür nicht vorliegt.

Der Reichskanzler erstattete über seine am Vormittag stattgehabte **Unterredung mit dem zukünftigen Herrn Reichspräsidenten** dem Kabinett Bericht.

Hindenburg in Hannover eingetroffen.

)(**Hannover.** Generalfeldmarschall **v. Hindenburg** ist gestern abend 7½ Uhr **im Auto hier eingetroffen** und hat sich sofort nach seiner Wohnung begeben. Ein Empfang wurde nicht veranstaltet.

Machtvolle Hindenburg-Ovationen in Groß-Schwülper.

* **Hannover.** Das **Gut Groß-Schwülper,** wo sich Generalfeldmarschall von Hindenburg während der Wahltage aufhielt, war am Montag abend **der Schauplatz einer großen Kundgebung,** die innerhalb weniger Stunden aus sich selbst herauswuchs und ein gewaltiges Aufflammen vaterländischer Begeisterung darstellte. Auf den Landstraßen im Umkreis von 20 Kilometer bildeten die langen Züge der Personen- und Lastkraftwagen zusammen mit den vielen tausend Radfahrern und den unzähligen Menschen unübersehbare Schlangen. Am Abend glichen die Landstraßen kilometerlangen Lichtstreifen, auf denen sich in staunenswerter Regelmäßigkeit der gewaltige Verkehr wieder abrollte. Zwischen diesen Stunden lag ein historischer Abend, der an die großen Kundgebungen für Bismarck erinnerte. Das kleine Dorf Groß-Schwülper mit seinen wenig hundert Einwohnern hatte in kurzer Zeit die Ausmaße eines großen Heerlagers, in das aus allen Himmelsrichtungen die Stahlhelm verbände, die vaterländischen Vereinigungen und zahlreiche studentische Korporationen mit ihren Fahnen zusammenströmten. Am Abend begannen die Fackelfeuer aufzuleuchten. Auf der Freitreppe zum Herrenhaus des Schlosses Groß-Schwülper stand der neue Reichspräsident v. Hindenburg im Bürgerrock und um ihn herum die vielen Gäste, die in das Herrenhaus gekommen waren, um Gratulationen zu bringen. **Zwei Stunden dauerte der Vorbeimarsch der nationalen Verbände, die mehrere Hundert Fahnen mitführten,** vor denen Hindenburg grüßend den Hut zog. Tausende von Fackeln loderten in den Abend. Das Deutschlandlied zog in gewaltigen Akkorden über die unübersehbare Menschenmenge, die nach dem Vorbeimarsch der Verbände dem neuen Reichspräsidenten ihre Huldigung darbrachte.

Ueber den Kanzlerbesuch bei Hindenburg.

* **Berlin.** Ueber den **Kanzlerbesuch bei Hindenburg** wird folgende **amtliche Darstellung** ausgegeben:

„Reichskanzler Dr. Luther hat heute den gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg aufgesucht, um mit ihm die die Amtsübernahme betreffenden Fragen zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit hat auch der erste politische Meinungsaustausch über die wichtigsten schwebenden Fragen stattgefunden. Die Unterhaltung hat volle Uebereinstimmung ergeben."

Dr. Hellpach begrüßt Hindenburg.

* **Karlsruhe.** Auf einem am Dienstag abend von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände Badens veranstalteten parlamentarischen Abend hob Staatspräsident **Dr. Hellpach** bei der Begrüßung der etwa 300 erschienenen Vertreter des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft hervor, die deutsche Nation habe ihren größten politischen Kampf durchgefochten. **Jetzt gelte die Losung, die Waffen ruhen zu lassen.** Als Vertreter der Demokratie bekenne ich mich zu dem Grundsatz, daß, nachdem die Nation gesprochen hat und die Wahlkampagne beendet ist, die Wogen des politischen Kampfes zu dem Oberhaupt des deutschen Reiches nicht mehr hinaufschlagen dürfen. **Es gibt nur noch eine zulässige Haltung: Die Ehrerbietung.** Wir grüßen in dieser Stunde das neue Reichsoberhaupt in gemeinsamer Verehrung. (Lebhafter Beifall und Zustimmung).

Der Präsident des badischen Landtages **Dr. Baumgartner** knüpfte in seiner Ansprache an die Worte Hellpachs an und betonte, daß auch die Zentrumspartei, die in diesem Wahlkampf unterlegen sei, **dem neuen Reichspräsidenten Ehrfurcht und Ehrerbietung** entgegenbringe, wie sie sie auch dem verstorbenen Reichspräsidenten dargebracht habe.

Deutschnationaler Aufruf zur Reichspräsidentenwahl.

)(**Berlin.** Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei erläßt an ihre Mitglieder einen Aufruf, in dem betont wird, daß **angesichts des großen Ziels und der überragenden Persönlichkeit Hindenburgs Schranken gefallen und Gegensätze überbrückt** worden sind, die sonst hindernd zwischen den Parteien gestanden haben. Gegensätze politischer, wirtschaftlicher, kultureller und konfessioneller Art. Wir hoffen, so heißt es in dem Aufruf weiter, daß dieser Ausgleich uns nun auch als dauernder Gewinn aus diesem Wahlkampf erhalten bleibt, daß besonders auch **jeder Versuch einer Friedensstörung zwischen den Konfessionen als das Wohl des Vaterlandes gefährdend erkannt und unterlassen** wird. Nur das friedliche Zusammenstehen beider Konfessionen bei voller Wahrung ihres Eigenlebens wird der gemeinsamen christlichen Weltanschauung gegenüber den Mächten des Unglaubens zum Sieg verhelfen.

Denkschrift über die Besteuerung von Inflationsgewinnen.

vdz. **Berlin.** Dem Reichstage ist jetzt die angekündigte **Denkschrift über den Ausbau der Besteuerung von Inflationsgewinnen** zugegangen. Es wird darin besonders auf den engen **Zusammenhang von Inflationssteuern und Aufwertung** hingewiesen. Werde die Wirtschaft genötigt, Kreditverhältnisse der Inflationszeit nach ihrem Goldwert noch über den Rahmen der dritten Steuernotverordnung hinaus aufzuwerten, so entfalle damit in gewissem Ausmaße die Möglichkeit, für die öffentliche Hand einen Anteil des wirklichen oder angeblichen Inflationsgewinnes in Anspruch zu nehmen. Eine Besteuerung der dem Reiche, den Ländern und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften gewährten Kredite würde nicht in Frage kommen und damit eine der stärksten Schuldnergruppen von vornherein aus dem Kreise der Steuerpflichtigen ausscheiden.

Die Denkschrift behandelt dann im einzelnen **die evtl. zu besteuernden Gruppen,** Kreditgewinne, Wechselverkehr, Lombardkreditsteuer und Kontokorrentsteuer und kommt dabei zu dem Schluß, daß das daraus zu erzielende Steueraufkommen nicht erheblich sei, aber infolge der mit der Berechnung verbundenen immensen Arbeit große Ausgaben für Arbeitskräfte erfordere.

Ausführlich behandelt die Denkschrift die **Frage der Besteuerung der Notgeldausgabe.** Ende November 1923 lief darnach ungedecktes nicht wertbeständiges Notgeld im Betrage von insgesamt 399 Trillionen Papiermark um, wovon schätzungsweise die Hälfte auf Notgeld öffentlich-rechtlicher Körperschaften entfiel. Auch hier würde — bei völliger Freistellung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften — ohne Berechnung der Arbeitsleistung das Steueraufkommen sich **höchstens auf 50 Millionen Mk.** beziffern.

Dann wendet sich die Denkschrift der Frage der in der Oeffentlichkeit viel erörterten **Ablösung einer Besteuerung der Inflationsgewinne durch eine Vermögenszuwachs- oder Vermögenserhaltungs-Steuer.** Auch sind die Aussichten auf ein erhebliches Steueraufkommen ungünstig und die Denkschrift schließt: Das Ziel der Zuwachs- und Vermögenserhaltungs-Steuer ließe sich erst dann wirklich erreichen, wenn die Aufwertungsfrage endlich gelöst ist. Danach würde eine Zuwachssteuer, wenn sie technisch überhaupt durchführbar sein sollte, auch dann erst möglich sein, wenn die Mietzinsbildung wieder frei und die deutschen Anlagewerte der werbenden Wirtschaft wieder voll genutzt sind. Dieser Zeitpunkt könne aber im gegebenen Augenblick noch nicht bestimmt werden.

Heute Beratung des Kontrollberichts.

Paris. (Funkspruch.) Heute vormittag tritt die Botschafterkonferenz zusammen, um sich mit dem **Gutachten des Marschalls Foch über den Bericht der interalliierten Kontrollkommission betreffend die Entwaffnung Deutschlands zu beschäftigen.** Nach dem Petit Parisien werden die Botschafter sich heute wahrscheinlich darauf beschränken, von dem Gutachten Kenntnis zu nehmen und dann nach Verständigung ihrer Regierungen die Redigierung der Note an Deutschland über die Entwaffnung vornehmen. Petit Parisien glaubt zu wissen, daß die neue französische Regierung der Veröffentlichung des Berichtes der Kontrollkommission günstig gegenüberstehe und daß sie darauf bestehen werde. Sie werde zweifelsohne vorschlagen, daß die Alliierten die Reichsregierung in dringender Form auffordern werden, eine gewisse Anzahl Forderungen innerhalb von 3 bis 4 Monaten zu erfüllen. Es verstehe sich von selbst, daß während dieser Frist die Militärkontrolle der Alliierten über die deutsche Entwaffnung in ihrer jetzigen Form beibehalten werde und daß die Kölner Zone während dieser Zeit durch die britischen Truppen besetzt bleibe.

Archivrat Heydemann gestorben.

)(**Berlin.** Das Mitglied des Reichsarchivs, **Archivrat Major a. D. Heydemann,** der Herausgeber der Schriftenfolge „Schlachten des Weltkriegs", ist inmitten seiner Arbeit **gestorben.** Zur besondern Aufgabe hatte er sich die Gründung des Verlaufs der Marneschlacht 1914 gesetzt.

SLUB
Wir führen Wissen.